

K o m m e n t a r

Klüger geworden? Mindestens sind wir gewarnt

Bis heute versuchen sich die Grossbanken von der Schuld, die sie sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Komplizen der Nazis und Kriegsprofiteure aufgeladen haben, freizureden, indem sie argumentieren, die Schweizer Behörden – Bundesrat, Nationalbank, Eidg. Bankenkommission – seien mit ihnen einverstanden gewesen. Oder hätten nichts gegen ihr Tun getan. Leider war das so. Und leider ging das symbiotische Verhältnis des Staates zu den Grossbanken auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiter. Die massive finanzielle Unterstützung des südafrikanischen Apartheidregimes durch Schweizer Banken und deren politische Duldung und Verharmlosung durch die offizielle Schweiz ist nur eines der jüngsten Beispiele dafür.



Mascha Madörin

Nach dem Zweiten Weltkrieg war weltweit klar: Das darf nie wieder passieren. Neue internationale Vereinbarungen wurden getroffen, unter anderem diejenigen über die Menschenrechte, in denen nebst politischen Freiheitsrechten auch grundlegende Lebens- und Arbeitsrechte vorgesehen sind. Mit wechselnder Intensität wird bis heute auf internationaler Ebene immer wieder darum gestritten, inwieweit diese Konventionen als Rahmenbedingungen für Regierungen oder bei internationalen Regelungen gelten sollen. Wichtig ist auf jeden Fall auch für uns in der Schweiz, dass es heute diese Messlatte mit international anerkannten Kriterien gibt, auf welche wir vor allem die Schweizer Behörden, aber auch Konzerne und Banken behaften können und sollen. So dürfte eigentlich nicht mehr passieren, dass der Bundesrat Exportrisikogarantien (mit öffentlichen Geldern!) für das Drei-Schluchten-Wasserkraftwerk in China beschliesst, für ein Projekt, das nicht nur ökologisch ausserst problematisch ist, sondern die Zwangsumsiedlung von fast zwei Millionen (!) Menschen vorsieht. Der Bundesrat habe alles sorgfältig überprüft und Vor- und Nachteile des Projekts gegeneinander abgewogen, so wurde verlautbart. Was war so wichtig, dass selbst die 130 Millionen Menschen, die umsiedelt werden sollen, als Gegenargument zuwenig ins Gewicht fielen?

Verschiedenste Basisbewegungen und Gewerkschaften aus Ländern des Südens warnen seit Beginn der 80er Jahre vor einem zunehmenden Wirtschaftskrieg, vor der Zerstörung der wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Grundlagen von Millionen von Menschen, vor dem langsamen Massenmord durch Verelendung und soziale Zerrüttung. Leider gibt es genügend Gründe, diese Warnungen ernst nehmen zu müssen.

Mascha Madörin arbeitet bei der Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt in Bern und lebt in Münchenstein

Bodenmann zieht Bilanz

Präsidentiale

Anfang Monat hat Peter Bodenmann seinen Rücktritt als SPS-Präsident und Nationalrat bekanntgegeben. Bodenmann, der im Wallis nicht nur Bauherr, sondern auch GB-Mitglied ist, hat zuhause der Presse eine erste Bilanz gezogen. Wir veröffentlichen daraus jene Passagen, die auch für die gewerkschaftliche Diskussion interessant sind.

Ein selbstkritischer Blick zurück lehrt, dass ich auf vielen Gebieten den selbstgesetzten Ansprüchen nicht gerecht wurde.

- In der Schweiz gingen in den 90er Jahren 300 000 Arbeitsplätze verloren. Die Vermögen und Einkommen werden immer ungleicher verteilt. Die SP versteht es nicht, die jüngeren, beweglicheren und besser verdienenden Lohnabhängigen mit ihrer Politik anzuschließen. Dies ist das wichtigste Walliser Problem für jede Partei, die die Zukunft sichern hat. Umgekehrt gelang es nicht, die Menschen am Rand der Gesellschaft, die Arbeiter und Angestellten mit tiefen Einkommen politisch zu bewegen. Vor allem war die heutigen sozialen Forderungen gegenüber nicht den richtigen Zugang zu jenen gefunden, die in der Politik nichts mehr erwarten.

- In den 60er und 70er Jahren schrieben die Kleinrentner Manifeste und griffen organisiert in die politische Debatte ein. In den 80er Jahren waren Politik waren A...

Der Gewerkschaftsbund und

Die eigene Ge

In den letzten Wochen ist viel von der Rolle der Schweiz im Zweiten